

Landtagsforum zum Thema: „Rechtsextreme Gewalt - eine Herausforderung für Staat und Gesellschaft“ am 24. November 2000

Kiel (SHL) – Am 15. November 1990 veranstaltete der Schleswig-Holsteinische Landtag ein Forum zum Thema „Rechtsextremismus - Auseinandersetzung und Bekämpfung“. Leider ist dieses Thema 10 Jahre später aktueller denn je. Deshalb wird es am **Freitag, dem 24. November 2000**, erneut ein Landtagsforum zu diesem Thema geben. Es soll den Titel tragen:

„Rechtsextreme Gewalt - eine Herausforderung für Staat und Gesellschaft.“

Das Forum wird um 10.00 Uhr beginnen und im Schleswig-Holstein-Saal stattfinden.

Als Referentinnen, bzw. Referenten konnten Prof. Dr. Wilhelm Heitmeyer, der Direktor des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung an der Universität Bielefeld, die Vertreterin der Ministerpräsidentin, die Ministerin für Justiz, Frauen, Jugend und Familie, Annet Marie Lütke, und die Bürgermeisterin von Elmshorn, Dr. Brigitte Fronzek gewonnen werden. .

Über Elmshorn und sein Engagement gegen die Rechten gab es kürzlich eine Sendung in NDR 4, Forum 4. Dort hieß es: *In der aktuellen Diskussion über die Auseinandersetzung mit Neonazis wird immer wieder die Forderung nach mehr Zivilcourage der Bürger erhoben. Die Bereitschaft dazu ist nach zahlreichen Umfragen vorhanden, woran es mangelt, sind Erfahrungen bei der praktischen Umsetzung. Wer will, kann sie in der norddeutschen Kleinstadt Elmshorn sammeln. Dort gibt es besonders aktive neonazistische Gruppierungen, aber dort haben sich auch zahlreiche Initiativen gegründet, die sich die Aktivitäten dieser Gruppierungen nicht gefallen lassen.*

Moderieren wird das Forum der Chefkorrespondent von RSH, Carsten Kock.

Nach den Referaten werden die Fraktionen Gelegenheit haben, ihre Positionen zum Thema in Kurzbeiträgen vorzutragen. Im Anschluss daran gibt es eine Diskussion. In Absprache mit der Kultusministerin Ute Erdsiek-Rave will Landtagspräsident Heinz-Werner Arens zu diesem Forum gezielt Schülerinnen und Schüler aus den beruflichen Schulen einladen. Darüber hinaus sollen über Jugendoffiziere insbesondere wehrpflichtige Soldaten angesprochen werden.

